

# Merseburger Tageblatt

Bezugspreis für Haus durch die Postbezugsstelle Nr. 459, monatlich M. 1.50 durch die Post bezogen werden und 14 Pf. monatlich. Einzelhefte zu 10 Pf. und 10 Pf. für den Abnehmer. — Druckerei: Die Merseburger Druckerei, Merseburg, Markt 1. — Verteilungsort: Merseburg. — Druckerei: Die Merseburger Druckerei, Merseburg, Markt 1.

## Kreisblatt

Anzeigenpreis für den Geklopften Millimeter Spalte 15 Pf. Die Aufnahme für die letzten 14 Tage (Sonntag ausgenommen) wird angesetzt. Höherer Preis für die letzten 14 Tage (Sonntag ausgenommen) wird angesetzt. Höherer Preis für die letzten 14 Tage (Sonntag ausgenommen) wird angesetzt. Höherer Preis für die letzten 14 Tage (Sonntag ausgenommen) wird angesetzt.

## Zeitung für Stadt u.



## Kreis Merseburg

Amliches Anzeigebblatt der Merseburger Kreisverwaltung und vieler anderer Behörden

Nr. 148.

Mittwoch, den 9. Juli 1919.

159. Jahrgang.

### Tageschronik

Der Staatensauschuh stimmt der Ratifizierung zu. Die Friedensdokumente müssen als Ganzes ratifiziert werden. Die Auslieferung Hindenburgs und Ludendorffs verlangt. 182 Milliarden Schadenersatz? Verhandlungen über das besetzte Gebiet beginnen am Donnerstag. Die Kriegsgefangenen aus Italien kehren heim. Abbruch des Eisenbahntreits im Bezirk Hannover. Fortdauer des Berliner Straßenbahnstreiks. Unruhen und Barrikadenkämpfe in England.

### Die Ratifizierung.

Zustimmung des Staatensauschusses. Berlin, 7. Juli. Der Staatensauschuh hat der Ratifikation des Friedensvertrages zugestimmt.

Nachdem der Staatensauschuh der Ratifikation zugestimmt hat, wird sich die Ratifikationskommission am Mittwoch in einer kurzen Sitzung damit befassen. Der Reichsminister des Auswärtigen Hermann Müller wird eine kurze Begründungsrede halten, an die sich keine Ausrede anschließen dürfte. Müller wird in seiner Rede besonders auf die Kriegsgefangenen eingehen, deren schleunigste Auslieferung er verlangt. Wenn die Nationalversammlung ihre Zustimmung zur Ratifikation erteilt haben wird, wird der Reichspräsident die Ratifikationsurkunde unterzeichnen. Der Inhalt dieser Urkunde wird nach Versailles telegraphiert werden und dort überlegt der Vorsitzende unserer Delegation Freiherr von Lesener dieses Telegramm dem Präsidenten der Ententelegation Clemenceau. Die unterzeichnete Urkunde geht erst später durch Äriäre nach Versailles und wird überreicht werden. Die Programme des Ministerpräsidenten Bauer ist auf Donnerstag verabschiedet worden. In diesem Tage wird auch Reichsaussenminister Müller eine große Rede über die auswärtige Politik halten.

### Hermann Müller über die Aufgaben der deutschen Politik.

Reichsminister des Auswärtigen Hermann Müller hat sowohl dem Korrespondenten der Bremer Nachrichten-Agentur als auch dem „Publikum“ als auch einem „Korrespondenten“ des „Sonstigen Tages“ am 7. Juli in der Unterredung gewährt. Dabei die erste Aufgabe der deutschen Außenpolitik nach der Unterzeichnung des Friedens für die U. a. aus: Es kann nicht oft genug wiederholt werden, daß Deutschland seine Unterdrückung in Versailles ohne Hintergedanken unter dem Vertrag gezeichnet hat, der ihm so schwere Verpflichtungen auferlegt. Wir haben die ganze Welt zu Gegenpartnern und in einem solchen Falle kann man nicht darauf rechnen, sich der Auslieferung des Vertrages zu entziehen. Wenn irgend einmal in der Welt, so gilt hier der Satz, daß Ehrlichkeit die beste Politik ist. Ehrlichkeit bei der Auslieferung dieses Friedens ist für uns ein Gebot nicht nur der Gerechtigkeit, sondern auch des politischen Vorteils. Ja werde jede Politik als unvernünftig bestrafen, die in diesem Punkte anders denken sollte. Unsere Friedenspolitik ist ganz unabhängig davon, ob wir in den Völkern und unter den nicht Willens Einfluß zukunfts getragene Völkern und läßt nun immer den Krieg als gewissermaßen letzte Widerstandsmaßnahme bestehen. Wir aber wollen den Krieg ganz aus dem Auge. Wir sind der Überzeugung, weil ich Gesandter bin und meine politische Bestimmung als Minister des Auswärtigen nicht verfehlen werde.

### Ein einziges Ratifikationsinstrument.

Clemenceau hat vorgestern Abend dem Präsidenten der deutschen Friedensdelegation in Versailles als Antwort auf eine deutsche Anfrage eine Note überreicht, in der gesagt wird: Die Ratifizierung mußte sich auf den Friedensvertrag selbst, das Protokoll und die Vereinbarung betreffend die Bestimmung des Rheinlandes beziehen. Diese Dokumente bilden die Friedensbedingungen und seien eines von dem anderen untrennbar. Was dieses Gründen können die drei Alliierten nur als ein einziges Ratifikationsinstrument angesehen werden.

### Deutschland soll 182 Milliarden zahlen.

Die „Times“ melden aus Paris: Die Kommission zur Festsetzung der Schadenersatzsumme für Deutschland hat am 2. Juli den vorläufigen Bericht an die alliierte Konferenz erstattet, der mit 182 Milliarden Schilling Forderungen abschließt.

### Die Pöbeln in Spa.

Auf die gestern mitgeteilte Note des Generals Delobbe über die Zwischenfälle in Spa hat General A. Hammerstein am 5. Juli eine Entgegnung überreichen lassen, in der er mit Befriedigung zur Kenntnis nimmt, daß General Delobbe diese Vorfälle als tief bedauerlich bezeichnet. Dem Urteil des Generalinspektorskommandos, das die deutsche Schilderung der Vorfälle als durchaus übertrieben bezeichnet, vermöge er jedoch nicht zuzustimmen. Die Schilderung beruhe auf keiner eigenen Beobachtung. Der Führer des Generalinspektorskommandos habe übrigens nicht angegeben, daß auch er aus der jenseitigen Menge heraus von seinen Steinen getroffen und daß dabei sein Augenlas zerbrochen worden sei. Es handle sich jetzt für ihn darum, von der belgischen Regierung eine Genehmigung zu erhalten. Zum Schluß heißt es: „In Uebereinstimmung mit dem Schlußsatz der Note des Generals Delobbe vom 4. Juli möchte ich keinen Zweifel darüber lassen, daß ich die Angelegenheit nicht als erledigt ansehe; denn ich kann nicht glauben, daß die belgische Regierung es bei dem von General Delobbe für mich persönlich ausgesprochenen Bedauern bewenden lassen will.“

### Mitteilungen für das besetzte Gebiet?

Obgleich die Bedingungen über die besetzten Gebiete durch die allgemeinen Friedensbedingungen angenommen worden sind, hat das Auswärtige Amt wegen der ungewöhnlichen Härten des Generalinspektorskommandos an Clemenceau gewandt, um in einzelnen Punkten Mitteilungen herbeizuführen, die unbedingt nötig sind, wenn nicht die Souveränität des Reiches Schaden leiden soll. Clemenceau hat erwidert, daß er nicht abgeneigt sei, in Erwägungen darüber einzutreten und eine Revision des Abkommens zur Diskussion zu stellen. Die Reichsregierung hat befohlen, daß die Verhandlungen vom Reichsministerium des Innern zu führen sind und mit der Vertretung des Unterstaatssekretär Ewald beauftragt. Wahrscheinlich werden die Beratungen am Donnerstag in Versailles beginnen.

### Hindenburg und Ludendorff sollen ausgeliefert werden.

Der Pariser „Temps“ meldet, daß die Auslieferung des Marschalls Hindenburg und Generals Ludendorff von den Alliierten befohlen werden ist, wegen der Zerstörungen, die beim Rückzug der deutschen Heere planmäßig und ohne strategische Notwendigkeit von dem deutschen Generalstab angeordnet worden seien. Für diese Zerstörungen allein habe Deutschland jetzt 17 Milliarden Mark Schadenersatz zu leisten. Die Anlagen gegen den Kaiser werde nicht wegen der Führung, sondern wegen der Urheberhaftigkeit am Kraus erhoben.

Dazu bemerken die „Leips. N. N.“ mit Recht: Demnach scheint die Entente des Generalinspektors gegen die deutschen Seerführer nur auf gewisse Punkte der Kriegsgeschehnisse abzielen zu wollen. Wie wollen denn aber die englischen Generale vor solchen Verbrechen stehen, wenn von deutscher Seite auf die durch keine strategische Notwendigkeit zu rechtfertigende planmäßige Zusammenziehung französischer und belgischer Städte hinter die deutschen Front durch feindliche Feuerkraft zum Vergleich verlesen wird?

### Die Bitte der Auszuliefernden.

Verailles, 7. Juli. „Patrie“ und „Journal des Debats“ veröffentlichen die Bitte der Deutschen, deren Auslieferung der Alliierten wegen Vergehens gegen Kriegsgesetze und Völkerrecht verlangt werden. Es werden genannt: Kronprinz Rupprecht von Bayern, Marschall von Frankreich, Admiral von Capelle, Lieutenant Werner, der Kommandant Valentin und Forstner, von Manneffel, Major von Bülow.

### Eine Bitte der Kaiserin?

Wie aus London berichtet, wird die deutsche Kaiserin an die Königin von Holland und die Witte richten, die englische Königin zu ersuchen, dahin zu wirken, daß die beabsichtigte Auslieferung des Kaisers unterbleibe. Man glaubt aber, daß die Alliierten in der Frage der Auslieferung ihren Standpunkt nicht ändern werden.

### Der Kaiserprozess und die Stimmung in England.

Daß ein in London geführter Prozess gegen den Enkel der Königin Victoria auf die Stimmung des britischen Volkes gewisse Auswirkungen haben wird, darüber äußert sich Corbiner in dem radikalen „Daily News“ folgendermaßen:

### Die fleißigen Kohlenarbeiter.

Unabhängig hat in den deutschen Kohlenrevieren der Streit gemüht und die Kohlenförderung in so hohem Maße lahmgelegt, daß unter gelohnten Wirtschaftsführern zu verzeichnen drohte. Trotzdem haben sich weite Kreise mit diesem Jammer abgefunden und sogar beträchtliche Abschreibungen der Bergleute nicht nur endlich schatz getadelt. Schien ihnen doch die läge Lage der Kohlenarbeiter Entschädigung genug. Die Arbeit des Kohlenhüters gilt für eine der schwersten und verantwortlichsten; nur dann können die Knappen ihr mit Kraft und Aufmerksamkeit arbeiten, wenn ihnen genügend Zeit zur Erholung und Ruhe bleibt. So wurde denn an Stelle der Schichtdienstleistung die Schichtdienstleistung eingeführt, und es fehlt sogar nicht an Stimmen, die den Schichtdienst im Vergleich verlangen. Der Appetit ist eben beim Essen gekommen. Nachdem die Bergarbeiter, denen die Resolution weiter nichts als eine Lohnrevolution gewesen ist, durch entschlossenes und schroffes Vorgehen ihren Willen wiederholt durchgesetzt haben, wünschen sie jetzt noch weitere Vergünstigungen. Und ihre Führer werden ihnen auch hier folgen. Immer wieder wird in den Versammlungen der Bergarbeiter laut begehrt, daß die höchste Entschädigung im Bereich mit der empfindlichsten Tätigkeit eine abermalige Verringerung der Arbeitszeit unbedingt notwendig mache. Und es unterliegt keinem Zweifel, daß die Jachen hier kurz oder lang gezwungen sein werden, darauf einzugehen.

Mit den bewaglichen Klagen und Beschwerden der Bergleute steht nun allerdings in sehr gutem Widerspruch, daß die zumal im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier mehr und mehr dazu übergehen, ihre freie Zeit durch Nebenarbeiten auszunutzen. Es ist bereits soweit gekommen, daß die anderen Arbeiter sich durch den ihnen von den Knappen gemachten unruhigen Wettbewerb als empfindlich benachteiligt fühlen. Denn selbstverständlich nehmen die Bergleute, die nach Erledigung ihrer Schicht in andere Handwerke hineintriften, den darin beschäftigten Arbeitern das Brot. Und so richten denn in der sozialdemokratischen „Wissenschaftlichen Allgemeinen Volkszeitung“ Bannarbeiter an die Bergleute der Jachen, Preußen und Stettensau folgende Mahnung: „Wir Bannarbeiter werden uns an eure Eingriffe nicht rühren, doch jede Zeit für Bergleute ein Schicksal auf der Jache arbeiten und danach 7-8 Stunden im Bergwerk arbeiten. Nur euer Beruf ist leicht, doch ihr müßt euch Schicksal verdienen. Ich habe gehört, daß die Bergarbeiter den Maurem und Erdbauern die Arbeit wegnehmen, während Tausende in unseren Berne arbeiten sind. Seid ihr Bergarbeiter noch Menschen? Rast und auf und ist Selbstmord!“

Dieser Jammerruf wird insofern die gebildeten Kampfsleute zur Umkehr veranlassen. Finnen wir doch im „Völkermessenger“ eine Mitteilung aus Gewerkschaftskreisen, derzufolge im Bezirk Bochum energisch unruhigende Strafenbauten und Ratifizierungsarbeiten zum großen Teil von den Bergarbeitern der unruhigenden Jachen vorgenommen werden. Nach Beendigung ihrer Schicht verdingen sich diese Leute zu einem Stundenlohn von 1,80 Mk. und schaffen noch lange Stunden fort. Es scheint also wirklich nicht, ob die Arbeit in den Revieren allzu anstrengend ist, sonst wäre ein so ungewöhnlicher Mißbrauch der Erholungszeit unmöglich. Die Bergleute gehen neuerdings sogar soweit, daß sie eine Verlegung der Bergern und Mühseligkeit verlangen, und zwar in die Zeit von morgens 5-12 Uhr und von nachmittags 4-11 Uhr, so daß jeder den heißen Tag für Nebenarbeiten frei behält. Es ist nun ganz klar, daß eine solche Teilung der Arbeitskraft unbedingt die Vernachlässigung der Tätigkeit im Bergbau zur Folge haben muß. Denn eins kann der Mensch nur, und wenn an Stelle der siebenstündigen Arbeitszeit eine vierzehnstündige tritt, so muß eben die Kohlenförderung darunter leiden. Dabei ist die Kohlenförderung zuerst das Allerwichtigste für uns. Deutschlands wirtschaftliche Weiterentwicklung, Deutschlands Versorgung mit ausländischen Lebensmitteln und Rohstoffen hängt ganz allein von ihr ab. Sind die Bergleute wirklich so arbeits- und verdienstlos, wie es der Fall zu sein scheint, dann wird es sich doch leicht ermöglichen lassen, bei entsprechendem höheren Verdienst die Förderarbeiten wieder zu verlängern.

Der Prozess, der sich Monate hinausziehen konnte, würde auf die öffentliche Meinung in England eine schädliche Wirkung haben. Es sei eine ungewöhnliche Unbedachtsamkeit, diesen Prozess im Völkerverständnis zum Wuchthampalakt abzuhalten. Aber auch der Prozess selbst ist zu verurteilen. Wenn schon ein Verfahren gegen den Kaiser eingeleitet werden müßte, dann sollte es durch einen deutschen Richter in einem deutschen Gerichtssaal geschehen. Sei dies unmöglich, so könne man von einer richterlichen Verantwortung in irgendeiner anerkannten gesetzlichen Bedeutung dieses Wortes überhaupt nicht sprechen.



zu überlassen, von ausgenommen drei ausgenommen, von gemeinsamer  
Antrag Baggerle (Jhr. Dr. Saas (Chem.), Dr. Heinz (Dr.),  
wird die Regelung der Verhältnisse und die Regelung des Gewerke-  
bundes der Arbeiter in den Fabriken überlassen.  
Artikel 97 wird unter Ablehnung des Antrages Baggerle und Gen.  
angenommen. Sitzungsgeld wird auf Antrag sämtlicher Parteien,  
ausser den Unabhängigen Sozialisten, ein Artikel 100 a, wonach  
das Reich alle Sitzungsgebühren übernimmt.  
Dann verlegt sich das Haus. Nächste Sitzung Dienstag: Steuer-  
gesetz.

### Das Revirement im Auswärtigen Amt.

Die oft angeführten Bestrebungen über das Revirement im  
Revirement im Auswärtigen Amt und über die Befreiung ver-  
schiedener Hochfahrtsstellen sollen am Mittwoch beginnen.

### Erzbergers Debit.

Reichsfinanzminister Erzberger wird nach „P. P. M.“  
am Dienstag in der Nationalversammlung sein großes  
Finanzprogramm vorstellen. Der endgültige Termin der  
Eröffnung der großen Reichsbanknote steht noch nicht fest,  
jedoch ist davon die Meinung des Ministers, sie noch im Juli  
vor der Nationalversammlung zu bringen.

### Abbau der Zwangswirtschaft.

Der Ministerpräsident wird am Donnerstag in der Nationalver-  
sammlung eine programmatische Rede halten und dabei u. a. aus-  
führen, daß die Zwangswirtschaft immer zielbewußt  
abgebaut werden wird, die Tätigkeit der Kriegsgefell-  
schaften soll systematisch eingeschränkt werden. Die Woll-  
vorräte werden sofort der Industrie zur Verwertung zugeführt  
und die verfügbaren Läden sollen dem Handel übergeben werden  
mit einer Einschränkung, die die Rücksichtnahme auf die minderbemittelten  
Bevölkerungsteile erfordert.

### Verteuerung des Brotes.

Der wirtschaftliche Ausschuss der Nationalversammlung wird  
sich heute mit der Verteuerung des Reichsernährungsminis-  
ters vom 13. Juni beschäftigen über eine neue Prei-  
setzung der Erzeugnisse für landwirtschaftliche Er-  
zeugnisse und die Erzeugung. Der Ausschuss hat  
bereits seine Zustimmung gegeben. Danach soll der Preis  
für Brotgetreide und Getreide, der bisher 300 Mk. für  
die Tonne beträgt, auf 400—415 Mk. für die Tonne erhöht werden.  
Für Weizen wird wieder 60 Mark mehr gezahlt. Kartoffeln, die nach dem 19. Sep-  
tember abgelehrt werden, sollen 125 Mark gegen bisher 120  
Mark erbringen. Der Sachverständigen Ausschuss, falls die Arbeits-  
löhne weiter ansteigen sollten, erhöht werden. Für Schmalz,  
Mehl, Käse und Schokolade bedeutet der Preis eine verhältnis-  
mäßig geringe Erhöhung.

### Deutsche Masseneinwanderung nach der Schweiz.

Wie das „Völkische Tageblatt“ meldet, droht die deutsche  
Einwanderung in die Schweiz eine unheimliche Aus-  
dehnung anzunehmen. Bis jetzt haben bei der schweizerischen  
Grenzbehörde in Basel 10 000 Personen um Einreis-  
erlaubnis nachgefragt.

### Riga von deutschen Truppen geräumt.

Wie die deutsche Gesandtschaft aus Wilna meldet, ist Riga  
von deutschen Truppen geräumt worden. Die militärische und  
politische Lage ist im übrigen unverändert.

### Jeletzineslaw von Denikin erobert.

Jeletzineslaw in der südlichen Ukraine ist von Denikin er-  
obert worden.

## Aus Stadt und Umgebung

### Was gibt es an Lebensmitteln?

Für die Woche vom 14.—20. Juli gelangt zur Ausgabe: 1/2  
amerikanisches Weizenmehl zum Preise von 42 Pf., 3/4 Weizen  
zum Preise von 22 Pf., 1 Pf. Anthonie zu 80 Pf., sowie für  
je 3 Personen 1 Liter Sauerkraut zu 8 Pf. Die Abgabe der Bezugs-  
einlage 9—12 hat am Mittwoch, den 9. und Donnerstag, den 10. d. M.  
zu erfolgen. Der Verkauf der Ware findet von Donnerstag bis Son-  
abend nächster Woche statt.

### Tafel

Belagte ab heute, Dienstag, nach an die Kunden der Verkaufsstellen  
Anlage, Gumbelstraße 1 und Anson-Verein, Rindfleischerei, 18,  
am Verkauf.

### Quarf

Für den Rest der Kunden der Verkaufsstellen Röhler Markt,  
sonst am Dienstag, den 8. Juli, nachm. 5 Uhr ab Quarf zum Ver-  
kauf.

### Schinken

Auf Bezugsgeld und Quittung Nr. 94 erhalten die Inhaber der  
Rechtsmittelscheine 1—7460 auf den Kopf einen Schinken zu 75 Pf.  
Der Verkauf findet am Sonnabend, den 12. Juli statt.

### Reis

Am Donnerstag, den 10. Juli, gelangt auf Bezugsgeld und  
Quittung Nr. 8 auf den Kopf 1/2 Pf. Reis zu 10 Pf. zur Ausgabe.

### Kaffee für Kinder

Vom Donnerstag, den 17. Juli, ab kommt für jedes Kind unter  
9 Jahren 1/2 Pf. Kaffee zum Preis von 2,00 Mk. in denjenigen Ver-  
kaufsstellen, in denen die Kinder zur Hilfe angemeldet sind, zum Ver-  
kauf.

### Schneewerkstoff

Vom Mittwoch, den 9. d. M., an, gelangen täglich 5000 Stück zum  
Preis von 45 Pf. für das Pfund in Mengen von 10 Pfund ab an  
diejenigen Einwohner gegen Lebensmittelschein in der Lebensmittel-  
verteilungsstelle, Große Mittelstraße 6, zum Verkauf.

### Angestelltenbewegung.

Zwecks Bildung einer Arbeitnehmer-Interessengemeinschaft für  
den Arbeiterbezirk Merseburg hatten sich am Sonntag, den 6. Juli  
im Vereinshaus St. Nikolaus in Halle die Vertreter der Privat-  
angestellten der Staats-, Kommunal- und Stadterverwaltungen im  
Bürgerbezirk Merseburg eingefunden. Die Vermählung war  
sehr gut besucht, die Teilnehmer-Interessengemeinschaft Merseburg  
wurde durch zwei Herren vertreten.

Nach längeren Verhandlungen wurde einstimmig die Bildung  
einer „A. J. G.“ für den Arbeiterbezirk Merseburg beschlossen  
und es wurde zur Wahl des Vorstandes geschritten.

Wahl wurden einstimmig als Vorsitzender Adolph-Dahl,  
Halle, Vorsitzender Friedrich-Bierfeld, Schriftführer Kammermann  
Dahlisch und als Beisitzer Franz-Bierfeld, Schilde-Halle, Reinhold-  
Heiß, Wittenberg, Kauf-Verlag. Die Geschäftsstelle der A. J. G.  
ist in Leipzig, Theaterstraße 19.

### Schiffpreise für Landeisener.

Der Herr Oberpräsident der Provinz Sachsen hat auf Grund der  
§§ 12 und 15 Abs. 3 der Verordnung über die Errichtung von  
Preisprüfungsstellen gemäß Anordnung des preussischen Staatsminis-  
ters für Volksernährung vom 24. Mai 1919 mit Wirkung vom  
1. Juli für die Provinz Sachsen bestimmt, daß als Richtpreis für den  
Verkauf von Landeisener durch den Erzeuger bis auf weiteres  
60 Pf. für 1 t festgesetzt wird. Der obere Richtpreis übersteigt,  
kocht sich der Gefahr einer Verteuerung durch die Verteuerung gegen  
Preissteigerung vom 8. Mai 1918 (V. G. Nr. 395) aus. Ausgabe  
der Preisprüfungsstellen wird es sein, darüber zu wachen, daß die  
Richtpreise auch tatsächlich eingehalten werden.

### Die Gerichtsausschüsse.

Die Ausschüsse sind am 15. Juli und endigen am 15. September. Es haben  
bezüglich der Geschäftsabwicklung gegen früher keinerlei Veränderungen  
erfahren.

### Theater-Theater.

Am Sonnabend und Montag finden im Theatral-Theater zwei  
Opernaufführungen statt. Gegeben wird die melodische Meistersin-  
ger Oper „Das Glöckchen des Eremiten“. Es ist gelungen, Herrn  
Kammerjäger Alfred Korte, Leipzig, für beide Abende zu gewinnen  
und es ist wohl zweifellos ein seltenes künstlerisches Ereignis für Mer-  
seburg, den großen Künstler, der bisher hier nur aus dem Koncertsaal  
bekannt ist, in einer vollständigen Operpartie hören zu können. Die  
Oper geht mit voller Trübsalbehandlung in Szene, auch ist für Dekor-  
ationen hinhinreichende Sorge getroffen. Der Vorverkauf für beide Abende  
beginnt am Donnerstag früh bei Herrn Kaufmann Frahmert.

## Aus Provinz und Reich

### Die Farben-Anfälle.

Deftau, 8. Juli. Der Verfassungsausschuss der einflussreichen  
Landesversammlung hat sich dahin geäußert, die bisherige rot-  
grün-weiße Fahne des Provinzialparlamentes auch zur Fahne des an-  
haltischen Reichstages zu machen.

### Schleibungsordnung in Sachsen.

Chemnitz, 8. Juli. Am 2. Juli fanden vor dem Chemnitzer  
Landgericht nicht weniger als 120 Schleibungsprozesse zur Verhand-  
lung.

### Erntelieferer Wörder.

Schafha, 8. Juli. In der Person des Arbeiters Lieke aus  
Leinitz ist derjenige festgestellt, der am Freitagabend den tödlichen  
Schuß auf den Landwirtschafswissenschaftler Sellmann Wollmann in der Brum-  
ber Feldmark abgegeben hat. Der Mann hatte eine Schußwunde  
am Arm, von einem Revolver, dessen Besizer er herabruft  
und meldete sich in Bitterfeld beim Arzt; hierdurch wurde seine  
Täterchaft festgestellt.

### Ein Mordverbot.

Düsseldorf, 8. Juli. Die Düsseldorf Reichsanstalt ist das  
Opfer eines Mordvertrages geworden, in dem ein Schein  
von 300 000 Mk. ausgehört wurde, der sich nachträglich als gefälscht  
herausstellte. In den Scheinbild dürfen auch Bankanweisungen  
beimisch sein, weil alle Beträge und Unterlagen verschwunden sind.

### Berichte über die Erben.

Saarbrücken, 8. Juli. Die Erben des Richard und Arthur Lehn  
und der Kaufmann Rudolf Herz hatten in Erbschaft für etwa  
1 1/2 Millionen Mark Forderungen erworben, welche sie im Schein-  
handel weiterverkauften und zwar mit dem Rückgang von  
durchschnittlich 40 Prozent. Die drei Angeklagten wurden von der  
Strafkammer Saarbrücken zu je 200 000 Mark Geldstrafe verurteilt  
und es wurde auf Einziehung des übermäßigen Gewinnes erkannt.

## Turnen, Spiel und Sport

**Leichtathletik. — Ballspielverein „Hohenzollern“**  
Merseburg erlangt große Erfolge in Erfurt. Ball-  
spielverein „Hohenzollern“ weichte am vergangenen Sonntag  
einen Beschäftigten in Erfurt zur Bekämpfung an den nationalen  
Wettkämpfern des Sportplatzes Erfurt. Es waren ca. 200 Teilnehmer  
zuzugewandert, alles gute deutsche Geisler, tragend konnte Hohenzollern sehr  
gute Erfolge für sich buchen. Hans Meißner, Mitteldeutscher  
Weitzer im 1500-Meter-Lauf wurde erster Sieger im 1000-Meter-  
Lauf in der großartigen Zeit von 2:46 Minuten. Deutsche  
Reitstellung 11:22 Min., aufgestellt 1913. Durch einen Handball  
Eintritt brachte er dem Team einen wertvollen Gewinn von  
für den 1000-Meter-Lauf, der Hohenzollern mit 7:11  
Nitter, Walter Leber und Hans Meißner als erste  
Sieger für sich buchen konnte, vor Charlottenburger Turngemeinde  
und Sportklub Erfurt. Im ganzen bestellten sich 7 Mannschaften  
an diesem Lauf. Die große Zuschauer- und Technik der Hohenzollern-  
Mannschaft gab in diesem Kampf den Ausschlag. Ein wertvoller Pokal  
als Siegerpreis war die wohlverdiente Belohnung für den geistlichen  
vorzüglichen Sport. Hohenzollern hat Vorbezug haben in Erfurt  
ausgezeichnet vertreten, die führende Stellung des Ballspielvereins  
Hohenzollern in Merseburg leichtathletisch durch diese Erfolge  
eine weitere Kräftigung. Den dankbaren Mannschaften aber die besten  
Glückwünsche.

**Fußball. — (Abendspiele).** Wir verweisen nochmals auf das  
heute abend 7/7 Uhr auf dem Stadionplatz vom Ballspiel-  
verein Hohenzollern stattfindende Abendspiel der  
ersten und zweiten Mannschaften. Weitere Abendspiele der anderen  
Mannschaften werden am kommenden Sonnabend ausgetragen.  
Nächste Woche werden die Mannschaften der A. J. G. in  
Mannschaften stattfinden, die für das Sportfest am 7. September  
vom Verein zur Förderung der Jugendpflege aufgestellt werden.  
B. M. Hohenzollern beteiligt sich voraussichtlich mit zwei Mannschaften  
an dieser Veranstaltung.

### Wettervorhersage

Mittwoch, den 9. Juli. Zeitweise wolfig, warm, vielerorts Ge-  
witter.

## Letzte Depeschen

### Erzbergers Sterblichkeit in Weimar.

Berlin, 8. Juli. (Eig. Drahtber.) Aus Weimar erfah-  
ren wir, daß in der Nationalversammlung von den Hg. Auer  
und Genossen eine Interpellation über die Eröffnung der Kriegs-  
gewinns eingebracht wurde. Heute hält Erzberger seine große

Rede über die Steuererhöhungen. Es liegen folgende Entwürfe  
vor: 1. Gelehtentwurf für die außerordentliche Kriegszugabe  
1919; 2. Gelehtentwurf einer Kriegszugabe vom Vermögens-  
gewinn; 3. einer Grundsteuererhöhung; 4. einer Vermögens-  
steuer; 5. einer Erbschaftsteuer; 6. Abänderung eines Zins-  
steuergesetzes; 7. eines Tabaksteuergesetzes; 8. Gelehtentwurf über  
eine Zinssteuererhöhung; 9. über eine Spielkartensteuer.

### Die Verhandlung über die Entschädigungsfrage.

Saag, 8. Juli. (Eig. Drahtber.) Das holländische  
„Nieuws-Buro“ meldet aus Paris: Die deutsche Delegation kann  
nicht vor dem 10. Juli für die militärischen Beratungen mit der  
Entscheidung über die Entschädigungsfrage in Versailles einreisen.  
(Die deutsche Finanzkommission wird von Herrn v. Strauß  
geführt sein.)

### Liefert Holland dem Kaiser aus?

Rotterdam, 8. Juli. Daily Chronicle schreibt, das Gericht  
vor dem der Kaiser erscheinen soll, werde absolut frei sein, jede  
Strafverurteilung zu erlassen, sogar die Todesstrafe. Als Richter  
sind für England Lord Reading, für Frankreich, Mexiko und Japan  
die Vorsitzenden der Nationalgerichtshöfe berufen worden. Das  
Ergebnis um Auslieferung des Kaisers, so sagt Daily Chronicle,  
sei, obgleich davon noch nichts bekannt sei, bereits von  
allen alliierten Mächten an die holländische Regierung  
geschickt worden. Wie verlautet, sei die Antwort der holländischen  
Regierung dahin zu erwarten, daß sie nur als lauzonische Regierung  
gegen den Bruch des Völkerrechts protestieren, aber sich nicht  
erklären werde, dem Verlangen der Mächte Widerstand zu leisten.  
Die Auslieferung des früheren Kaisers werde also zweifellos statt-  
finden, sagt Daily Chronicle. Der Kaiser und der Kronprinz wer-  
den, seitdem das feststeht, sehr launig bemutet.

### Von Jagow zum Reichskommissar ernannt.

Karlsruhe, 8. Juli. (Eig. Drahtber.) Wie wir erfahren,  
sind die früheren Regierungspräsidenten von Jagow und  
Sachsenberg zu Reichskommissaren mit außerordentlichen Voll-  
machten ernannt worden, um die Übergabe der Ostprovinzen  
in die Wege zu stellen.

### Amerikanische Truppen für Obereschleifen bereit.

Breslau, 8. Juli. (Eig. Drahtber.) Die Amerikanische  
Kommission teilte der freien Vereinigung zum Schutz  
Obereschleifen telegraphisch mit, daß amerikanische Truppen für  
die Befreiung im Westböhmengebiet bereitgestellt sind.

### Was die Franzosen alles verbieten.

Schwabhausen, 8. Juli. (Eig. Drahtber.) Die französi-  
sche Militärbehörde erläßt eine Befehlsanordnung in den pfälzischen  
Landesteilen, wonach bei jeder Empfangung und jede weitere Ausbe-  
haltung einleitend der Mächter der deutschen Kriegsgefangenen nach der  
Wiese untrügliche. Die Mächter der Gefangenen muß, je heißt es wörtlich,  
den diskreten Charakter bewahren, wie er von einer besetzten  
Wiese in einem vom Sieger besetzten Lande zu beachten ist.

### Lebesgaben

Für die rückkehrenden Kriegsgefangenen.  
Karlsruhe, 8. Juli. (Eig. Drahtber.) Wie wir unterrichtet  
sind, hat die deutsche Regierung schon bei in großen Mengen in  
Deutschland lagernden Kriegsgefangenen. Diese englischen Lebes-  
gaben sollen auf die Lebesgabenplätze, welcher jeder zurückkehrende  
Kriegsgefangene in den Durchgangspunkten erhält, noch hinzuverteilt  
werden.

### Wüste Ausfrierungen in Hannover.

Der Belagerungszustand verhängt.

Hannover, 8. Juli. (Eig. Drahtber.) Die gestern abend  
auf dem Bahnhof eingetroffenen Truppen wurden von dem Ge-  
sindel tätlich angegriffen, welches verlorde, ihnen die Waffen  
abzunehmen, worauf die Truppen von der Waise zur Selbst-  
verteidigung Gebrauch machen mußten. Leider sind dabei einige  
Tote und Verwundete zu beklagen. Wie der „Sonn. Courier“  
heute weiter meldet, zog nach den Geschehnissen auf dem Ernst  
Anhalt-Platz eine Anzahl von Sportkisten nach dem Schloß  
und holte dort die Gefangenen heraus. Hieran zog die Menge  
vor einige Polizeiversteher, um dort nach Waffen zu lauden, und  
schließlich nach dem Militärgerichtsgelände, wo ihr die Waage  
die Waffen ohne Widerstand überließ. Hierauf erging sie den  
Eintrag und befreite sämtliche Gefangenen; die Gerichtsakten wurden  
in der Hallertstraße verbrannt. Nunmehr begab sich der  
Wob nach dem Zellensgelände, wo ihm Reichswehrtruppen  
und Schutzleute entgegentraten. Es entwickelte sich ein heftiger  
Gezetz, das mehrere Tote und Verwundete forderte. Schließ-  
lich ergab die Menge die Flucht. Heute vormittag ist der Be-  
lagerungszustand über Hannover verhängt worden. Die  
Freiheit der Gewerkschaftsführer, mit der Arbeiterschaft zu ver-  
handeln, ist in seiner Weise unterbunden worden. Überbür-  
melter Veinert und die Stadterordneten haben sich ausdrück-  
lich mit der Verhängung des Belagerungszustandes einverstanden  
erklärt.

### Kein verbrecherischer Anschlag in Bebra?

Berlin, 8. Juli. (Eig. Drahtber.) Die Nachricht eines  
Berliner Blattes, wonach es sich bei dem Brande in Bebra um  
eine Brandstiftung handeln soll, ist unrichtig verfaßt. Nach  
unserer Information ist die Untersuchung darüber noch nicht ab-  
geschlossen, ob wirklich ein verbrecherischer Anschlag vorliegt, abes  
ob es sich nur um einen Zufall handelt.

### Politische Vergarbeitsverhältnisse.

Karlsruhe, 8. Juli. Aus politischen Gründen streiten die  
Wohnbevölkerung, ein Teil der Waldarbeiter und der Gruben im  
Rheinland, ferner die Domestikatoren. Am w. A. B. H.  
mischen Arbeiterverein Bräu, Luz. Bräu und Oberleutner-  
er ist seit gestern ein allgemeiner Vergarbeitsstreik ausgetreten,  
dem sich auch die deutschen Vergarbeitsarbeiter anschließen haben.

### Aushebung von Spielhöhlen in Swinemünde.

Berlin, 8. Juli. (Eig. Drahtber.) Eine ministerielle  
Verfügung hat auch in das Babelode von Swinemünde einge-  
griffen. Angehörig 12 Berliner Spielhöhlen hatten in dem Hülse-  
hof aufgehende Spielhöhlen eröffnet. Heute früh sind sie samt  
und sonders von der Swinemünder Polizei geschlossen worden.  
Das gesamte Inventar, Spielkarten, Spielzeuge, die ganze Ein-  
richtung nebst Karten ist verpackt beschlagnahmt worden, weil  
die Rinde keine Vereine im Sinne des Vereinsgesetzes darstellten.

Die heutige Nummer umfasst 6 Seiten.



# Beilage zu Nr. 148 des Merseburger Tageblattes

Kreisblatt.

Mittwoch, den 9. Juli 1919.

## Die Friedensresolution.

In dem binnigen Fargen im Verlag Willehn und Co. erschienen den dritten Band seines Wertes über den Weltkrieg führt Staatsminister a. D. Dr. Helfferich die Zustimmung des Jahres 1917, die zum Militärbehörden und zur Annahme der neuerdings wieder viel besprochenen Friedensresolution geführt haben. Wir geben nachstehend den Inhalt dieses Heftes wieder, beginnend mit dem am 11. und 12. Juli gehaltenen Verhandlungen Helfferichs mit den Fraktionsführern des Reichstages.

I.

Mit den Vertretern der Nationalliberalen kam ich erst am Donnerstag vormittag sprechen. Als deren Vertreter bestanden mich die Herren Dr. Schiffer, Dr. Stresemann und Völk (Hilfen). Dr. Stresemann erklärte, ein großer Teil seiner Partei betrachte die Besetzung als einen Akt der Notwehr. Dr. Schiffer machte mir den Eindruck, daß nicht alle in der Partei so dächten. Auf meinen Hinweis auf die außerparlamentarischen Umstände, die im gegenwärtigen Moment gegen einen Abbruch des Krieges sprächen, machte Herr Dr. Stresemann etwa folgende Bemerkung: Für die Haltung der nationalliberalen Fraktion gegenüber Herrn von Bethmann müßte doch auch die Stellungnahme der Obersten Generäle von großer Bedeutung sein. Es könne auf seine Fraktion nicht ohne Einfluß bleiben, wenn er heute genötigt sei, ihr mitzuteilen, daß der General Ludendorff entschlossen sei, seinen Willen zu beugen, wenn Bethmann Kanzler bleibe.

Das wir mit zwei. Ich folgte auf den Inhalt, daß Wappen und Wappenstein, erklärte Herr Dr. Stresemann, ich habe solche Ausstellungen gemacht, kein preussischer General werde einem Dritten eine solche Mitteilung machen, ehe der einzige, dem die Entscheidung zustehe, sich Oberster Kriegsrat, gesprochen habe. Im übrigen würde ich sofort den Kanzler veranlassen, dem General Ludendorff von dieser Abweisung Mitteilung zu machen.

Als ich mich nach dieser Besprechung zum Kanzler begab, erfuhr ich, daß Herr von Bethmann beabsichtigt, ein Briefchen aus dem Großen Hauptquartier habe einem seiner Fraktionskollegen gelangt, er möge in der Fraktion verbreiten, Hindenburg und Ludendorff können nicht länger mit Herrn von Bethmann zusammenarbeiten; den gleichen Auftrag hätten Erberger und Dr. Stresemann für ihre Fraktionen erhalten.

Auf die telegraphische Mitteilung dieser Behauptungen ließ General Ludendorff am Abend desselben Tages an den Kanzler zurücktelegraphieren: „Ich habe keinen Offizier beauftragt, einem Abgeordneten zu übermitteln, daß ich mit dem Herrn Reichsanstifter von Bethmann Haltweg nicht weiter arbeiten könne.“

Das Jochem bezog sich nur auf die Verhaftung eines Offiziers mit dessen Befehl, nicht auf die Sache selbst. Denn zu der Stunde, als dieses Telegramm an die Reichsregierung abgegangen wurde, hatte General Ludendorff sich mit Hindenburg und General Ludendorff dem Kaiser für den Fall des Verbleibens des Herrn von Bethmann um ihre Entlassung gebeten.

Ohne Kenntnis von diesem Vorgang zu haben, verhandelte ich am Nachmittag des Donnerstag im Reichstag über die „Friedensresolution.“

Dort erhielt ich ein Schreiben des Herrn Dr. Stresemann, der mir unter Bezugnahme auf die Unterhaltung vom Donnerstag mitteilte, daß die nationalliberalen Fraktion beschlossen habe, durch ihren Fraktionsführer, den Prinzen Schinaps-Carola, dem Chef des Zivilbüros des Kaisers mitteilen zu lassen, daß nach ihrer Ansicht eine Lösung der Krise ohne den Eintritt des Reichskanzlers nicht denkbar sei.

Dann wurde mir durch den Abgeordneten Hebenack mitgeteilt, das Zentrum habe keine Stellung von gestern unter der Einwirkung gewisser Mitteilungen aus dem Großen Hauptquartier geändert und sich gegen eine kleine Minderheit dahin ausgesprochen, der Kanzler sei ein Friedenshindernis und müsse gehen. Der Fraktionsvorsitzende Dr. Schein hatte während der Sitzung einen fälschlichen Nachschuß erklärt und mußte in ein Krankenbett transportiert werden.

Die inzwischen in der interfraktionellen Fraktion festgestellte Friedensresolution schied ich an den Kanzler, der im Schloß Bellevue beim Kaiser zum Vortrag war, mit der dringenden Bitte, sich nicht auf diese Resolution festlegen. Ich habe die Resolution in dieser Fassung für eine schwere Fehlleistung gehalten und die Hoffnung, daß eine Einigung mit dem Reichstag auf einer anderen Grundlage zu finden.

Der Abgeordnete von Bayer, der von den Mehrheitsparteien beauftragt war, die Resolution dem Kanzler zu überreichen, erklärte mir, es sei an der Resolution kein Wort mehr zu ändern. Auch habe er den Auftrag, vom Kanzler zu verlangen, daß er in seiner im Reichstag abzugebenden Erklärung die Resolution nicht annehme, ohne irgendeinen erklärenden oder umändernden Zusatz, auch ohne die Berufung auf eine bestimmte Politik. Ich antwortete Herrn von Bayer: „Wenn ich Kanzler wäre, würde ich unter keinen Umständen unter ein solches künftiges Joch gehen; da ich aber nur Stellvertreter des Kanzlers bin, werde ich meinen ganzen Einfluß bei dem Kanzler aufbieten, um ihn zu veranlassen, ein solches Annehmen kategorisch zurückzuweisen.“

Der Kanzler hatte sich Herrn von Bayer für neun Uhr abends zur Verfügung gestellt. Es war halb neun Uhr, als meine Unterhaltung mit Herrn von Bayer zu Ende war. Ich fuhr zum Kanzler. Dieser war gerade vom Kaiser zurückgekommen. Er teilte mir mit: Der Kaiser habe den Vorschlag der „Friedensresolution“ an den Feldmarschall telephoniert. Dieser habe genaugenommen die Oberste Heeresleitung mit der Bitte beauftragt, eine Erklärung der Salafaktion des Heeres beizubringen, für die für die Verantwortung nicht übernehmen könne. Der Kaiser habe ihn, den Kanzler, beauftragt, Herrn von Bayer zu erklären, in der vorliegenden Angelegenheit sei die Resolution aus den von der Obersten Heeresleitung angeführten Gründen unannehmbar. Im übrigen habe der Kaiser Hindenburg und Ludendorff zu weiteren Besprechungen nach Berlin befohlen; sie würden am nächsten Vormittag eintreffen.

Der Kanzler sagte hinzu, er habe dem Kaiser die Unhaltbarkeit seiner Stellung zu den Parteien und zur Obersten Heeresleitung auseinandergesetzt und erneut um seine Entlassung gebeten. Der Chef des Militärkabinetts General von Anker habe beauftragt, daß Hindenburg und Ludendorff telegraphisch ihre Entlassung erbeten hätten. Der Kaiser habe ihn zwar seines ungenügenden Vertrauens versichert und erklärt, gegenüber den beiden Generälen werde die Sache am nächsten Tage in Ordnung bringen. Er sei aber unbedingt entschlossen, auf seinem Militärposten zu bestehen.

Ich konnte Herrn von Bethmann in diesem Einfluß nur bestätigen. Man möchte über das Verhalten der Herren von der Obersten Heeresleitung und über die tatsächliche Berechtigung ihrer Stellungnahme gegen Herrn von Bethmann denken, wie man wollte — eine weitere Zusammenkunft war jetzt in der Tat unmöglich, und einen Minister von Hindenburg und Ludendorff hätte weder die Arme noch das Volk vertragen.

Schluss folgt.

## Politische Rundschau

Deutschlands Landtag.

Die interfraktionelle Kommission für die Durchführung des Friedensvertrages wählte in ihrer gestrigen konstituierenden Versammlung Andre Daxner zu ihrem Vorsitzenden. Daxner erklärte, daß er gelegentlich einer Jugendversammlung sagte, daß Frankreich durch diesen Krieg erziehen werde, was man in den französischen Schulen bisher gelehrt hat: Daß Deutschland zu den Führern der glücklichen Nation liegen müßte. Man sieht daraus, daß Andre Daxner wie kein anderer geeignet ist, die Rolle des Vizepräsidenten Deutschlands zu spielen.

### Der Schiedsspruch im Bankergewerbe.

In den Tarifverhandlungen im Bankergewerbe wurde am Sonntagabend der Schiedsspruch verlesen. Der wichtigste Punkt bezieht sich auf die Einkommensregelung, wobei gleichzeitig zu bemerken ist, daß hier die Grundzüge, wie sie von den Bankleitungen vorgeschlagen worden sind, mit kleinen Veränderungen festgesetzt worden sind. Die Arbeitsverhältnisse sind nach der Reihe der Dienstjahre für alle Angehörigen festgesetzt worden. Der Schiedsspruch wurde von den Bankangehörigen ziemlich ruhig angenommen. Der Vorsitzende empfiehlt den Parteien die Annahme des Schiedsspruches mit dem Bemerkten, daß der Schiedsausgang sich demütigt habe, die mittlere Linie zu finden.

Gesellschaft über Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit. Wie die „Vol. Ztg.“ hören, ist der Gesetzentwurf über die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit fertiggestellt und geht in

dieser Tagen dem Reichskabinet zur Durchberatung zu. Die Besetzung der vollen Anstellung unter die Zivilgerichtsbarkeit. Aus Zweckmäßigkeitsgründen dürfte vorgeschlagen werden, daß in den Gerichten, die über Militärstrafen urteilen, noch Militärrichter mitwirken, die Erfahrung in militärischen Dingen besitzen. Ebenso sollen die Vertreter des Staatsanwaltschaft, die mitwirken, mit militärischen Verhältnissen vertraut sein. Staatsanwaltschaft sowohl die Gerichte sind im übrigen vollkommen losgelöst von der militärischen Kommandostruktur und unterstehen lediglich der Ziviljustizverwaltung.

### Solländische Ausfuhrbegrenzung.

Das Niederländische Korrespondenzbüro meldet, daß der holländische Minister für Aussen, Bondt und Indische der Niederländischen Handels-Gesellschaft gesteht hat, Ausfuhrbegrenzungen für Tee und Kaffee zu erteilen, vorausgesetzt, daß die Waren nicht für das holländische Ausland und Ungarn bestimmt sind.

### Die Verteilung unserer Kolonien.

Eine Durchsicht des Textes der Unterhandlungsnotiz Georges ergibt, daß er erklärt hat, es würde sich um ein integriertes der Bestandteile der Subjektivistischen Union werden und Deutsch-Kamerun werde zu Australien kommen.

### Das Strafverfahren gegen den Abgeordneten Gezer.

Der Gesetzordnungsausschuss der Nationalversammlung beschloß in seiner letzten Sitzung u. a. mit dem Antrag der Abgeordneten Gezer, die Ermordung an einem Verhafteten gegen den ungenügenden Abgeordneten Gezer von Leipzig zu erteilen. Der Angelegenheit liegt der Fallstand zu Grunde, daß am 5. März beim Überbringermeister Dr. Nahe in Leipzig der unabhängige Abgeordnete Gezer und die Leipziger Stadtverordneten Scheib und Krug ergriffen und im Auftrag des A. und S. Postes eine Unterdrückung zur Umwandlung eines Gemüts von 400 000 Mark für Löhne und Unterhaltungen festgelegt. Dem Angelegenheit gab der Staatsanwalt seine Unterdrückung zur Umwandlung von 374 500 Mark. Durch Gezer wurde festgestellt, daß die Mittel zur Durchführung eines politischen Streiks der Eisenbahner bestimmt waren. Als die Arbeiter über die Unterdrückung verlangten, erklärte Gezer zunächst, es brauche die Gelder zum bevorstehenden Kampf gegen die Regierungstruppen. Der Berichterstatter des Ausschusses stellte den Antrag, die Gezer im Auftrag zur Strafverfolgung nicht zu erteilen. Dieser Antrag wurde von Vertretern der Unabhängigen, der Mehrheitsparteien und des Zentrums unterstützt. Schließlich wurde die Verhandlung aber ausgesetzt, bis die Entscheidung eines in dieser Sache schwobenden Prozesses gegen Minderheitsparteien vorliegt.

## Aus Stadt und Umgebung

Die Schwierigkeiten im Fernsprechbetrieb.

Das Postamt Merseburg läßt uns: Schwierigkeiten, die zuerst im Fernsprechnetz überall befallend waren, machen sich auch im Fernsprechnetz empfindlich fühlbar. Von manchen Stellen wird die Einstellung von lang verbleibenden Arbeitssätzen bei den Vermittlungsstellen als schmerzhaft empfunden. Die Personalfrage hat jedoch bei der Erlösung keine oder wenigstens nicht die ihr beizulegende Bedeutung. Die Schwierigkeiten sind in der Hauptsache vielmehr auf Umstände zurückzuführen, die auch in anderen Betrieben vorkommen. Während des Krieges hat die Industriehaltung und Welterweiterung der technischen Einrichtung der Netze und der Fernsprecheinrichtungen zum Teil ganz anders und rufen müssen, weil die dazu benötigten Apparate und sonstigen Gegenstände für die Kriegswirtschaft unerschwinglich waren. Beispielsweise sind nach der Kriegsende die Fernsprechnetze, die in ihrer Art. Nr. 25 vom 20. Juni 1919 denselben Gegenstand behandeln, die Fernsprechnetze als 1913 jährlich um 50 000 Kilometer durchschnitten, vermehrt wurden, während 1914, 1917 und 1918 nur 30 000, 17 000 und 15 000 Kilometer hinzugekommen sind. Jetzt können aber die zum Bau neuer Leitungen

## Der Doppelgänger.

Roman von Carl Schiller.

28] (Nachdruck verboten.)  
Ein altes, dunkles Mahagoniholz mit grünem Nippenband und zwei dazu passenden Sesseln, zwischen denen ein ovaler Tisch stand, füllten den hinteren Teil des Zimmers aus. Voran am Fenster stand der Schreibtisch Ludwigs, ein altes Möbel mit Pfeilspitze, und rechts von dem Schreibtisch stand an der Wand ein kleiner, aber aufsehender sehr guter Goldschrank. Dorival streifte ihn mit einem schiefen Blick. In ihm lag die Vermutung der Brief...  
„Es freut mich, Herr Rotmüller, daß Sie mich aufsuchen!“ begrüßte Ludwigs seinen Besucher. „Dann hat der Dorival ein auf einem der Pfeilspitze Platz zu nehmen, habe eine kleine Zigarre herbei, drücke die Tür nach dem Vorzimmer in die Klinke und setzte sich in den anderen Sessel.“  
„Wir wollen in aller Ruhe Ihre Angelegenheit besprechen“, sagte er mit freundlichem Lächeln. „Waschen Sie? Sie wollen also kein Kaffee trinken?“  
Dorival lehnte die Zigarre ab, da ihm Zigarren zu schwer seien, aber nach Ludwigs feiner Zigaretten an. Die Zigaretten fanden Ludwigs Gefallen.  
„Ich habe in Oberfeld eine Annonzblatt“, erklärte Dorival.  
„Sie kennen vielleicht die Firma Rotmüller & Sohn?“  
„Oh ja!“ antwortete Ludwigs.  
„Nach dem Tode meines Vaters habe ich die Fabrik zwei Jahre allein geführt. Nun habe ich sie verkauft. Sehr günstig. Ich will mich in Berlin niederlassen. Berlin bietet doch mehr als Oberfeld.“  
„Da haben Sie recht!“ bestätigte Ludwigs.  
„Ich bestimme ein recht ansehnliches Vermögen.“  
Ludwigs nickte auf.  
„Ich kann Ihnen einige ausgezeichnete Sachen an die Hand geben“, unterbrach der Dorival, „habe ich einige zu, ich mit dem anderen keinen Bekanntschaft an und möchte sich die Zigarren geben lassen.“

Zum Beispiel hier eine Hypothek auf ein prima Borsenergrundstück. An der Hypothek lassen sich im Sandumbruch 20 000 Mark verdienen. Es ist ein Geschäft, das man dem eigenen Bruder nicht gönnt, so sein, so glatt. Doch davon später. Hören Sie fort, Herr Rotmüller. Sie haben mein Interesse.“  
„Ich möchte mir hier in Berlin nicht so — so als gar nichts heranziehen!“ erwiderte Dorival. „Ich will ganz offen zu Ihnen sein, Herr Direktor. Sie machen auf mich einen sehr günstigen Eindruck.“  
„Ich danke, Herr Rotmüller“, sagte Ludwigs und lächelte geschmeichelt. „Ich kann Ihnen außerdem die Versicherung geben, daß Sie auf mich den allerbesten Eindruck machen, den ich erhalten, Herr Rotmüller. Es würde mich freuen, wenn ich Ihnen dienen kann. Sie geflassen.“ Er nahm sich aus der offenen Tasche Dorivals eine neue Zigarre. „Hören Sie fort, Herr Rotmüller. Sie haben mein Interesse.“  
„Ich will helfen“, sagte Dorival und zeigte sich zu Ludwigs vor. „Eine junge Dame aus sehr guter, adliger Familie. Nun bin ich nur käuflich, bin auch nicht mehr verheiratet. Daran höst sich der Vater meiner Frau. Dumme Vorurteile. Aber was ist da zu machen? Solche Leute legen Wert auf Titel. Darum möchte ich Renonze werden.“  
„Da haben Sie recht!“ erklärte Herr Ludwigs. „Sie sind bei mir gerade an die richtigen Stellen gekommen. Sie haben Glück gehabt. Sie werden viele Angebote erhalten haben. Alles Schwindel, alles Schwindel. Hier in Berlin ist es überhaupt anders wie in Oberfeld. In Oberfeld ist alles reell, es liegt hier viel Schwindel. Sie haben Glück gehabt, das kann ich Ihnen gar nicht oft genug sagen. Gehen Sie sich mal das Bild an.“ Er zeigte Dorival eine Photographie, die in schicklichen Rahmen aus dem Arbeitsbüro des Direktors stand. Das Bild zeigt das Gegenbild eines Mannes in sehr geistreicher Generalsuniform.  
„Gehen Sie sich einmal den Mann an, Herr Rotmüller. Was sagen Sie? Ein geistreicher, interessanter Kopf? Können Sie spanisch lesen?“ Er beugte auf einige Worte, die aus dem anderen Teil der Photographie hervorgingen.  
Special verzeichnet:

„Das heißt“, erklärte Dorival: „Einem ausgezeichneten Freunde Erich Schmidt, der tapere General Moore.“  
Dorival, der die spanische Sprache recht geläufig beherrschte, erkannte an den vielen orthographischen Fehlern der Nennung, daß der tapere General Moore mit der Rechtschreibung auf Kriegsfuß stand und ihr gegenüber nicht streng war.  
„Oh, Sie haben hohe Verbindungen?“ staunte er.  
Herr Ludwigs warf sich in die Brust.  
„Merken Sie wohl auf, Herr Rotmüller, was ich Ihnen jetzt sage“, prächtete er. „Mein Freund, der General Moore, der Präsident der Republik Costa Rica, ist ein Mann, der die Welt in der Hand hat.“  
„Costa Rica?“ fragte Dorival. „Was für ein Land ist das?“  
Herr Direktor Ludwigs schüttelte den Kopf.  
„Ja, so was!“ lächelte er. „In Oberfeld ist man, wie es scheint, in der Geographie schwach. Costa Rica ist ein ganz bedeutendes Land, ein sehr reiches Land. Es liegt in Mittelamerika. Seine Hauptstadt heißt San Jose. Ein Land mit sehr geordneten Finanzen.“  
„Ja, ja“, schien sich jetzt der Herr aus Oberfeld zu erinnern, „ich habe natürlich schon davon gehört. Ich würde mir im ersten Augenblick nicht gleich weichen. Mit dem Präsidenten dieses Landes stehen Sie also in Verbindung, Herr Direktor?“  
Ludwigs zeigte auf die Photographie und jagte voller Stolz: „Sie sehen ja, er ist eben ein Bild mit eigenhändiger Unterschrift. Das ganze hohe Herren nur ihren besten Freunden. Dem Kaiser der Kaiser ein Bild mit eigenhändiger Unterschrift? Einem anderen Präsidenten, einem Minister, dem Vizepräsidenten der Republik Costa Rica, was wollen Sie mehr? Ein Brief von mir an meinen Freund Moore, und Sie sind Renonze der Republik Costa Rica. Wenn Sie wollen, sogar Generalsuniform.“  
„Da habe ich ja wirklich Glück gehabt, daß ich gerade bei Ihnen meinen ersten Besuch in der Angelegenheit gemacht habe“, freute sich Dorival. „Ich habe sehr viele Angebote bekommen.“  
(Fortsetzung folgt.)



